

MODERNISIERUNGSPAKET

Arbeit gestalten, Aufstieg ermöglichen, Wohlstand sichern – ein echtes Modernisierungspaket für die 2020er Jahre schnüren

von **DANIELA SCHMITT, HARALD CHRIST, JOHANNES VOGEL**

Die Corona-Krise hat gravierende Auswirkungen für die Menschen in unserem Land, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Unternehmen. Wir wollen konstruktive, zuversichtliche und optimistische Antworten auf diese Herausforderung geben. Die notwendigen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung haben den schwersten wirtschaftlichen Einbruch seit der Gründung der Bundesrepublik zur Folge. Es ist fraglos richtig, hier mit einem Konjunkturpaket gegenzusteuern. Allerdings gilt mit Blick auf die konkreten Maßnahmen der Bundesregierung: zu viel Strohfeuer, zu wenig strukturelle Modernisierung. Wir müssen jetzt die Wachstumskräfte unserer sozialen Marktwirtschaft aktivieren – dauerhaft und nachhaltig. Denn mehr noch als ein Konjunkturpaket braucht Deutschland ein Modernisierungspaket. Das Wachstum für die 2020er Jahre entsteht auf Dauer und strukturell nur durch eines – Innovation. Das heißt für uns: Die Rahmenbedingungen auch unserer Arbeitswelt müssen konsequent auf den Prüfstand gestellt werden und Erneuerung fördern.

Diese Krise fordert die Menschen in unserem Land heraus. Und dieser Herausforderung haben wir uns als Gesellschaft – bei allen Diskussionen im Detail – bisher auf beeindruckende Art und Weise gestellt. Bis in jede Alltagsroutine hinein werden die Beharrungskräfte der Gewohnheit hinterfragt. Hierin liegt eine große Chance. Ziel muss es sein, diesen Geist zu nutzen, um wirtschaftliche und soziale Lehren aus der Krise zu ziehen. Nur so wird mehr möglich, als vorher möglich war und nur so lässt sich der Boden für das Wachstum von Neuem bereiten. Deshalb reicht es nicht, nur zum Status quo vor der Krise zurückzuwollen. Wir wollen kein Land, das nach der Krise so gut ist, wie zuvor. Sondern ein Land, das besser ist als jemals zuvor.

Das Fundament des Fortschritts in der modernen Gesellschaft ist und bleibt eine erfolgreiche, leistungsfähige Soziale Marktwirtschaft. An ihr kann und muss sich die Hoffnung auf eine bessere Zukunft entzünden. In ihr müssen dafür die Hürden für sozialen Aufstieg fallen und Teilhabe für selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden – für ein Berufsleben, in dem sich Anstrengung bei der Arbeit bezahlt machen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe oder Glauben. Kreativer Input von außen durch Einwanderung und von innen durch Aufstieg sind unersetzliche Innovationstreiber für Gesellschaft und Wirtschaft, auch deshalb müssen wir diese fördern. Ein leistungsstarker Mittelstand und Unternehmen, die sich am Standort Deutschland erfolgreich entwickeln können, sind die Garanten unseres Wohlstandes – deshalb wollen wir, dass diese mit Made in Germany auch in der Digitalisierung so erfolgreich sind wie in Industrialisierung und Globalisierung. Für die Jüngeren wollen wir ein besseres Morgen, für die Älteren, die viel geleistet haben, Stabilität und Sicherheit sowie die Möglichkeit, weiterhin einen aktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben zu leisten. Das heißt für uns: Wir müssen zu neuen Formen des Miteinanders in der Arbeitswelt kommen. Wir müssen neue Ideen für die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die Dekarbonisierung unserer erfolgreichen Wirtschaft finden – mit den Unternehmen, nicht gegen sie. Mit den Beschäftigten, nicht gegen sie. Tony Blair hat einmal gesagt, Politik sei für ihn vor allem die Suche nach „the better idea“ – nach der besseren Idee. Wir glauben, er hat Recht.

Und das sind einige unserer Ideen:

1 DIGITALISIERUNG UND ARBEITSGESELLSCHAFT ZUSAMMENBRINGEN – VON „OLD WORK ZU NEW WORK“ WIR WOLLEN:

- Eine Reform für mehr orts- und zeitflexibles Arbeiten. Die Digitalisierung revolutioniert den Arbeitsalltag in Deutschland, aber die Bundesregierung will nicht einmal Details des Arbeitszeitgesetzes anpassen. Dabei ist das deutsche Arbeitszeitrecht überholt und wird den Bedürfnissen vieler Beschäftigter und Arbeitgeber nicht mehr gerecht. Der Spielraum der EU-Arbeitszeitrichtlinie muss daher auch in Deutschland voll ausgeschöpft werden. Es geht nicht um mehr Arbeit oder weniger Pausen, sondern darum, individuelle Arbeitszeitmodelle, Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Dazu gehört auch, mobiles Arbeiten durch einen Rechtsanspruch auf Erörterung zu stärken. Die Niederlande machen uns das erfolgreich vor. Gleichzeitig muss für Arbeitgeber Rechtssicherheit beim Arbeitsschutz während der mobilen Arbeit geschaffen werden, ohne die Bürokratie einer Arbeitsstättenverordnung die nicht zum Homeoffice passt. Denn Deutschland braucht einen modernen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten, weil nicht nur Zeit-, sondern auch Ortsflexibilität entscheidend ist. Das wäre auch ein Beitrag zum Klimaschutz, weil Deutschland beim Thema mobile Arbeit und Homeoffice aufgrund veralteter Regeln hinterher hängt und deshalb zu viel gependelt werden muss. Dafür benötigen wir eine steuerliche Entlastung für Berufstätige, die im Homeoffice arbeiten, etwa eine Homeoffice-Pauschale von 100 Euro pro Monat, und den weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur, damit wir gerade auch in den ländlichen Räumen gute Perspektiven aufzeigen und Chancen für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ermöglichen.
- Ein Update für eine digitale Wirtschaftsnation. Warum sind Gewerbeanmeldungen nicht digitalisiert, warum sollen Menschen nicht von zu Hause ihr Hochzeitsaufgebot bestellen und überhaupt dauerhaft Behördengänge nicht digital erledigen können? Wir sollten unsere Gesetze konsequent von allen unnötigen persönlichen Vorspracheregeln und dergleichen befreien und wirklich digitale Bürgerämter schaffen. Dazu gehört auch die Digitalisierung der Betriebsratsarbeit. Warum nicht dauerhaft elektronische Sitzungen und Betriebsversammlungen ermöglichen? Das würde die wichtige Arbeit der Betriebsräte in deutschen Unternehmen deutlich erleichtern.
- Fairness für Selbstständige. Die Herausforderungen der digitalen Zukunft werden wir nicht ohne die Kreativität und das Innovationspotenzial der Selbstständigen bewältigen. Wir sollten die technische Umwälzung auch als neue Gründerzeit begreifen und allen denjenigen, die etwas unternehmen, eben ein Unternehmen gründen, keine Steine in den Weg legen. Auch und gerade dann nicht, wenn es um Selbstständige ohne Angestellte geht, nur so schaffen wir eine umfassende Kultur der Selbstständigkeit. Das heißt konkret: Wir brauchen eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens, maximale Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge für Selbstständige und eine Anpassung der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der freiwilligen Arbeitslosenversicherung an die Lebensrealität von Selbstständigen. Oft sind es die Mutigen, die Gründer, die mit neuem Denken und innovativen Ansätzen die Zukunft gestalten. Unternehmensgründungen sind Triebfeder für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt neue Arbeitsplätze.

2 DEN ROHSTOFF DER DEUTSCHEN PFLEGEN – FÜR EINE MODERNE INDUSTRIE-, DIENSTLEISTUNGS- UND WEITERBILDUNGSGESELLSCHAFT WIR WOLLEN:

- Ein digitales, persönliches Freiraumkonto für alle Bürgerinnen und Bürger. Denn wir brauchen ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben. Die Digitalisierung verändert enorm viel. Deshalb brauchen wir das Versprechen an jede und jeden, durch Weiterbildung im digitalen Wandel gut teilhaben zu können. Auf das Freiraumkonto soll eigenes Einkommen steuer- und sozial-

abgabefrei eingezahlt und Urlaub oder Überstunden angesammelt werden können. Die Sparbeträge können für unmittelbare Weiterbildungskosten eingesetzt werden oder mittelbar den Verdienstaufschlag bei Fortbildungen ausgleichen. Auch ein Sabbatical oder eine Auszeit muss möglich sein. Arbeitgeber können natürlich mit eigenen, freiwilligen Beiträgen die Sparbeträge von Arbeitnehmern hebeln. Auch das steigert die Attraktivität von Arbeitgebern.

- Ein neues Midlife-BAföG, einen bundesweit einheitlichen, neuen Zuschuss zum Aufstiegs-BAföG und einen neuen Weiterbildungs-Freibetrag. Weiterbildung kostet Geld und darf für Menschen mit niedrigem Einkommen nicht an finanziellen Fragen scheitern. Denn auch Beschäftigte mit geringem Einkommen müssen, wie alle anderen auch, die Möglichkeit und Chance haben, sich für den Arbeitsmarkt der Zukunft fit zu machen und fit zu halten. Deshalb wollen wir ein echtes Midlife-BAföG, also einen Rechtsanspruch auf ein in das Freiraumkonto einzuzahlendes, einkommensabhängiges Bildungsguthaben für alle volljährigen Staatsangehörigen mit geringen Einkommen. Alle Menschen, deren Einkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle liegt, sollen den Höchstsatz von 1 000 Euro Midlife-BAföG im Jahr erhalten. Und alle Bürgerinnen und Bürger mit unterdurchschnittlichem Einkommen erhalten nach unserer Vorstellung ein anteiliges Midlife-BAföG. Zudem benötigen wir einen bundesweiten, einheitlichen und bürokratieschlanken Zuschuss zum Aufstiegs-BAföG und einen Weiterbildungs-Freibetrag. In Rheinland-Pfalz ist beispielsweise der Aufstiegsbonus bereits als erfolgreicher Fortbildungszuschuss eingeführt worden. Beides stärkt Aufstieg und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Der pauschale „Weiterbildungs-Freibetrag“ von 1 000 Euro pro Jahr soll für jeden Beschäftigten gelten, dessen Weiterbildung vom Arbeitgeber finanziert wird – zusammen mit dem Midlife-BAföG schaffen wir so die Formel: „1 000 plus 1 000“ für das Versprechen, durch Weiterbildung ein Leben lang gut teilhaben zu können.
- Ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland, das Identifikation schafft. Dazu gehört, die deutsche Industrie dabei zu unterstützen, weltweiter Vorreiter zu sein, bei technologieoffenen, klimafreundlichen Innovationen und neuen Mobilitätskonzepten, beim Elektroauto ebenso wie beim Wasserstoffantrieb oder dem Einsatz synthetischer Kraftstoffe. Deshalb sprechen wir uns für klare ordnungspolitische Regeln durch ein festes CO₂-Limit beim auf alle Sektoren ausgeweiteten Emissionshandel aus. So erreichen wir Klimaziele. Zudem wollen wir alle klimaneutralen Antriebsformen gleichberechtigt fördern. Wir wollen bessere Regeln für die deutsche Leitindustrie, denn Wirtschaft braucht Verlässlichkeit.
- Die überfällige Modernisierung des deutschen Unternehmenssteuerrechts. Ein zentraler Punkt ist die Förderung von Erneuerungen in und durch die Unternehmen, die wir mit einer dauerhaften degressiven Abschreibung erreichen könnten.
- Die Förderung von Gründern, Hightech-Unternehmen und vorgelagerter Forschung, durch eine steuerliche Forschungsförderung, ein Online-Portal für Unternehmensgründungen („Gründen in 24 h“), ein bürokratieschlankes Jahr für Start-ups und eine Verdopplung des Freibetrags bei der Gewerbesteuer in den ersten drei Jahren nach der Gründung. Denn Neugründungen sind auch ein Schlüssel für neue Formen der Arbeit, die Kreativität, Souveränität und neues Unternehmertum ermöglichen. Wir möchten Start-ups und Mittelstand miteinander verzahnen, denn darin liegt eine einmalige Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. New Business erfordert und ermöglicht New Work. Damit verbinden sich neue Wertschöpfungsquellen, neuer Wohlstand und neue Entwicklungsperspektiven für jede und jeden Einzelnen. Hierbei gilt es, auch den Optimismus und das Vertrauen der Menschen in neue Branchen wie Software, Biotech, digitalbasierte Dienstleistungsökonomie und andere zu stärken. Dazu brauchen wir in den Schulen mehr Wissensvermittlung zu wirtschaftlichen Themen, etwa über ein Schulfach Wirtschaft, auch um bei Interesse frühzeitig Verständnis und Interesse für Unternehmertum, Entrepreneurship und Selbstständigkeit zu schaffen. Und wir brauchen mehr Informatik in allen Schulformen. Programmieren und Algorithmen müssen wir ihnen mit auf den Weg geben. Die dualen Studiengänge, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-

Württemberg, zeigen zudem, wie wichtig und erfolgreich die Verzahnung von Inhalten und Praxis ist. Insbesondere für die Unternehmen ist dies eine große Chance, potenzielle Fachkräfte frühzeitig für ihr Unternehmen zu begeistern.

3 DEN STÜTZPFEILER UNSERER GESELLSCHAFT ENTLASTEN – FÜR MEHR RAUM FÜR DIE MITTE WIR WOLLEN:

- Viel bessere und deutlich breitere Möglichkeiten der Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Dies ist für alle Unternehmen, aber gerade auch für Start-ups entscheidend, nicht nur zur Mitarbeiterbindung. Im Digitalzeitalter entstehen ganz neue Firmen und potenzielle neue Giganten. Wir wollen nicht nur, dass diese häufiger als bisher in Deutschland entstehen – sondern auch, dass von Anfang an Mitarbeiter zu Teilhabern werden. Mitarbeiterkapitalbeteiligung stärkt das Eigenkapital von Arbeitgebern, oft die Produktivität und das Miteinander im Betrieb sowie die Integration der Beschäftigten ins Unternehmen. Außerdem schaffen wir so direkte Teilhabe der Beschäftigten am Unternehmenserfolg und einen transparenten, direkten Zugang zum Thema Kapitalanlage, der den Menschen heute oft fehlt. Wir wollen dazu den Steuerfreibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligung auf ein wenigstens in Europa wettbewerbsfähiges Niveau anheben, das heißt 1 000 Euro im Jahr 2021 und mittelfristig auf 5 000 Euro pro Jahr. Einkommen aus Mitarbeiterbeteiligungen sollen wie Kapitaleinkünfte behandelt werden, d. h. die Besteuerung soll zum Zeitpunkt des Zuflusses vorgenommen werden, um sog. „Dry Income“ zu vermeiden. Zudem sollte der Sparer-Pauschbetrag auf 1 000 Euro pro Person angehoben und anschließend entsprechend der Preisentwicklung dynamisiert werden, um in der Mitte der Gesellschaft auch Beteiligungen an Unternehmen zu fördern, für die man nicht (mehr) arbeitet. Zusammen mit der besseren Mitarbeiterkapitalbeteiligung schaffen wir so die Formel: „1000 plus 1000“ für mehr Eigentum in der Mitte der Gesellschaft und die Chance für jede und jeden, sich auch materiell etwas aufbauen zu können.
- Die volle steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für die Kinderbetreuung bzw. zu pflegender Eltern. Viele Menschen, die z. B. nach der Elternzeit wieder in den Beruf einsteigen wollen, werden durch hohe Betreuungskosten davon abgehalten. Durch diese Barriere werden in der Praxis insbesondere Frauen vom Arbeitsmarkt ferngehalten: Zwei Millionen weniger Frauen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt als Männer. Deshalb sollten Betreuungskosten zu 100 Prozent steuerlich abgesetzt werden können, auch bei schulpflichtigen Kindern. Die Höchstgrenzen von aktuell 4 000 Euro pro Jahr sollten zudem verdoppelt werden. Außerdem brauchen wir endlich flächendeckend flexible Kita-Öffnungszeiten, die sich dem Familienleben anpassen und nicht umgekehrt. Familien brauchen Kitas, auch das hat die Corona-Krise noch einmal deutlich unterstrichen.
- Einen Stopp der Kalten Steuerprogression. Denn viele Menschen haben nicht die Möglichkeit, ausreichend zu sparen. Abgesehen von Belgien belastet kein Industrieland kleine und mittlere Einkommen so stark mit Steuern und Abgaben wie Deutschland. Fairness und Leistungsgerechtigkeit müssen sich aber auch im Steuersystem spiegeln. Beginnend mit dem vergangenen Jahr sollen die Steuersätze automatisch an die Lohnentwicklung des Vorjahres angepasst werden. So sagen wir der Kalten Progression und dem Mittelstandsbauch den Kampf an. Zum Beispiel durch stufenweises Verschieben des ersten Eckwertes auf 19 000 Euro. Denn wir wollen für Entlastung sorgen, damit es mehr Menschen möglich wird, eigenes Vermögen aufzubauen. Die Mitte in der Gesellschaft braucht dafür einen politischen Bündnispartner.

4 EINWANDERUNG UND FORTSCHRITT ZUSAMMENDENKEN – ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DURCH WELT- UND TECHNOLOGIEOFFENHEIT SCHAFFEN WIR WOLLEN:

- Ein modernes, attraktives Einwanderungsland. Deutschland ist Einwanderungsland und muss sich auch so verhalten. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz von Union und SPD ist viel zu klein gedacht und wird schon laut der Bundesregierung selbst nicht ausreichen, um in einem relevanten Umfang qualifizierte Fachkräfte aus dem außereuropäischen Ausland nach Deutschland zu bringen. Stattdessen brauchen wir einen großen Wurf, also ein echtes Einwanderungsgesetz samt Punktesystem nach dem Vorbild erfolgreicher und innovativer Einwanderungsländer wie Kanada oder Neuseeland. Deutschland braucht dringend mehr gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Dazu gehört unabdingbar eine echte Willkommenskultur und, dass junge Menschen, die aus dem Ausland kommen und hier studieren, auch gerne bleiben sollen und wollen. Dazu gehört auch eine Reform der Anerkennung von im Ausland erworbene Berufsqualifikationen. Notwendig ist eine einzige bundesweit zuständige Anerkennungsstelle pro Beruf. Was bei vielen verkammerten Berufen durch das von der FDP in der Regierung geprägte Anerkennungsgesetz schon gut funktioniert, muss für alle Berufe und Abschlüsse gelten. Nur so erreichen wir einheitliche Standards, Transparenz und Geschwindigkeit.
- Eine Agentur für Aufstiegschancen, denn viel zu viele Talente, Begabungen und damit Zukunftschancen werden in Deutschland gar nicht erst erkannt. Alle Talente und Begabungen müssen aber so früh wie möglich Raum, Zeit und vor allem die passende Unterstützung zur Entfaltung erhalten. Das gilt ganz besonders für Kinder aus bildungsfernen Familien oder in sozial schwächeren Stadtteilen und Regionen. Dafür gibt es zwar die unterschiedlichsten Ansätze und Programme in Deutschland, aber keinen Fixpunkt, aber dem etwa Best-Practice-Beispiele gesammelt, im allgemeine, überall umsetzbare Konzepte übersetzt und so zur bundesweiten Anwendung gebracht werden. Das kann von Unterstützungsleistungen für Lehrerinnen oder Erziehern bis hin zu Gemeinschaftsinitiativen von Schulen, Betrieben, Sportvereinen und Kultureinrichtungen reichen. So stärken wir die Vernetzung sinnvoller Ideen und der Menschen, die konkret dahinter stehen. Dabei geht es nicht um eine neue Behörde, die Gelder verteilt, sondern um eine wirklich agile Agentur, die sich auf die Stärkung von Synergiepotenzialen konzentriert und bei der der Bund nur als Gesellschafter auftritt. Wenn in Nordrhein-Westfalen beispielsweise Talent-Scouting gezielt und erfolgreich organisiert wird, dann kann die Agentur für Aufstiegschancen solche Inspirationen bündeln und dafür sorgen, dass dies zukünftig etwa auch in Niedersachsen der Fall sein wird.
- Eine Bündelung aller Digitalisierungskompetenzen in einem einzigen Bundesministerium. Die Kernkompetenzen für Innovation, Künstliche Intelligenz und Digitalisierung sind aktuell auf eine Vielzahl von Behörden und Sondergremien verstreut. Dass es erfolgreich anders geht, zeigt Nordrhein-Westfalen mit seinem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Ohne eine solche zentrale Stelle wird es keine sinnvolle Koordination der politischen Digitalisierungsinitiativen geben. Dazu gehören zwingend Themen wie eine E-Governance-Strategie für die Verwaltung, E-Identity und Datenautonomie. Nur mit einer entschieden vorangetriebenen Digitalisierung werden wir Unternehmensgründungen in Deutschland einfacher gestalten und Bürokratielasten überwinden können, etwa, indem Behördengänge digitalisiert, gebündelt und somit vereinfacht werden können.
- Einen besseren Kapitaleinsatz in Deutschland. Das gilt vor allem für das echte Wagniskapital, damit besonders erfolgreiche, digitale Start-ups nicht mehr nur im Silicon Valley entstehen. Dafür brauchen wir einen Zukunftsfonds für Wagniskapital, um, orientiert am dänischen Dachfonds, deutlich mehr Investitionen zu bündeln und in deutsche Venture Capital-Fonds zu bringen. Ergänzend wollen wir die steuerpolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen für private Kapitalsammelstellen verbessern, damit diese auch direkt in Start-ups investieren können.